

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden

□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark.

Nr. 12

Charlottenburg, Freitag, den 23. März 1917

Jahrg. 44

Die Gewerkschaftsgruppen zur Lebensmittelfrage.

Unter dem 21. Februar haben die verschiedenen deutschen Gewerkschaftsgruppen gemeinsame Eingaben dem Reichskanzler und dem Präsidenten des Kriegsernährungsamts unterbreitet. Die beiden Eingaben sind von sämtlichen Vorständen der den folgenden Körperschaften angeschlossenen Organisationen unterzeichnet: Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Verband der deutschen Gewerksvereine (S.-V.), Polnische Berufsvereinigung, Arbeitsgemeinschaft für das einheitliche Angestelltenrecht, Arbeitsgemeinschaft der technischen Verbände.

Die Eingabe an den Reichskanzler betrifft das Kriegsernährungsamt und hat folgenden Wortlaut:

Euer Erzellenz!

Die unterzeichneten Organisationen der Arbeiter und Angestellten Deutschlands geben Euer Erzellenz Kenntnis von der beiliegenden Eingabe an das Kriegsernährungsamt, die sich gegen die völlig unbefriedigende Regelung der deutschen Ernährungsverhältnisse während der Kriegszeit wendet und die Ursachen dafür nicht lediglich in der Knappheit der Lebensmittel, sondern auch in dem Mangel einer strengen Durchführung gerechter Verteilung der vorhandenen Vorräte erkennt. — Die Erklärung für diese unzureichenden Maßnahmen ist darin zu suchen, daß das Kriegsernährungsamt zu sehr von der Durchführung seiner Maßnahmen seitens der Bundesregierungen abhängig ist und besonders durch den Widerstand des preussischen Landwirtschaftsministers gegen alle Eingriffe in die Sonderstellung der landwirtschaftlichen Erzeuger beengt wird. Diese Hemmungen einer gerechten Regelung der Ernährung werden von der weitaus überwiegenden Mehrzahl der Bevölkerung mit wachsender Sorge und Erbitterung verfolgt und müssen den dringenden Wunsch nach einer anderen Stellung des Kriegsernährungsamts, die es unabhängig von dem mangelnden Verständnis oder Willen einzelstaatlicher Verwaltungszweige macht, nahelegen.

Dieses Verlangen wird zur staatlichen Notwendigkeit angesichts der großen Aufgaben, die die Durchführung des vaterländischen Hilfsdienstes erfordern. Der vaterländische Hilfsdienst rückt die Ernährung der deutschen Zivilbevölkerung in gleiche Linie mit der Versorgung des Heeres und der Marine; denn bei der Fortdauer der Ernährungsschwierigkeiten würde die heimische Arbeitsarmee außerstande sein, die Leistungen auf einer Höhe zu erhalten, wie sie die Landesverteidigung erfordert.

Die Organisationen der Arbeiter und Angestellten Deutschlands, die die Pflicht übernommen haben, nach besten Kräften für die Durchführung des vaterländischen Hilfsdienstes einzutreten, fühlen sich verpflichtet, auf diesen Zusammenhang zwischen Hilfsdienst und Kriegsernährung besonders hinzuweisen und zur Abstellung der gerügten Mängel folgende Wünsche dem Herrn Reichskanzler zu unterbreiten:

1. Zwischen dem Kriegsernährungsamt und dem Kriegsamt ist eine angemessene Verbindung für das Gebiet der Lebensmittelversorgung herbeizuführen. Im Kriegsamt wird eine Abteilung für den Heeres- und den Zivilbedarf an Lebensmitteln geschaffen, die die Befugnis erhalten, an den Beschlüssen des Kriegsernährungsamts mitzuwirken, die Durchführung der Verordnungen desselben zu überwachen

und die Lebensmittelvorräte für die allgemeine Volks- und Heeresversorgung zu beschlagnahmen, zu enteignen und an der Verteilung derselben mitzuwirken.

2. In den Bezirken der einzelnen Generalkommandos sind Unterämter des Kriegsamts für Lebensmittelbeschaffung zu bilden, auf die das Kriegsamt seine Funktionen übertragen kann, mit der Maßgabe, daß die Verteilung nach den Anordnungen der Zentralstellen zu erfolgen hat. Die Beauftragten des Kriegsamts haben das Recht, jeden Raum, in dem vermutlich Lebensmittel aufbewahrt oder verarbeitet werden, zu betreten und in die Buchführung jedes Betriebes der Erzeugung oder des Vertriebs von Lebensmitteln Einsicht zu nehmen. Sie können die Zurückbehaltung oder Weiterverarbeitung von Lebensmitteln verbieten und mit Strafe bedrohen.

Die unterzeichneten Organisationen der Arbeiter und Angestellten Deutschlands bitten den Herrn Reichskanzler dringend, diese Wünsche in die ernsteste Erwägung zu ziehen und alsbald im Verordnungswege zur Verwirklichung zu bringen.

(Unterschriften.)

Die Eingabe an den Präsidenten des Kriegsernährungsamtes im Wortlaut wiederzugeben, müssen wir uns leider aus räumlichen Gründen versagen. Insbesondere ist in dieser Eingabe auf das nachdrücklichste hingewiesen worden, daß die heutige Art der Verteilung der vorhandenen Lebensmittel eine ständig steigende Erregung in den Kreisen der Arbeiter hervorgerufen hat und hervorrufen mußte. Wer im Besitze genügender Mittel ist, erhält auch heute noch in den Großstädten alles zu kaufen, was ihm beliebt. Nur die Arbeiterschaft bzw. die minderbemittelten Schichten leiden beim heutigen Verteilungs-System bittere Not.

Die total unhaltbaren Zustände in der Kartoffelversorgung werden in der Eingabe des näheren geschildert. Während auf dem Lande die Kartoffeln in großen Mengen ans Vieh verfüttert werden, erhalten die städtischen Arbeiter seit Monaten nichts weiter als Rüben zur Nahrung zugewiesen.

Die Brotationen des Arbeiters werden zu kürzen gesucht, während Weißgebäck und Kuchen für die bemittelten Schichten in steigendem Maße erzeugt wird. In der Frage der Fleischversorgung wird die monopolartige Stellung der Erzeuger und Viehandelsverbände für die bestehenden Schwierigkeiten verantwortlich gemacht, wenigstens zum Teil. Bei den durch nichts zu rechtfertigenden hohen Preisen für Fleisch und Fett sind die Arbeiter zum großen Teil gar nicht einmal in der Lage, den auf sie entfallenden Kopfanteil kaufen zu können. Auf die dringende Notwendigkeit einer besseren Versorgung mit Milch wird das Kriegsernährungsamt ebenfalls hingewiesen. Während in den Städten nicht einmal die für Kinder und Kranke unbedingt notwendige Milch vorhanden ist, wird auf dem Lande solche ans Vieh verfüttert. Der Versorgung mit Eiern, Fischen und Zucker wird ebenfalls die eingehendste Beachtung gewidmet. Insbesondere wird auf die Preisgestaltung für die notwendigsten Nahrungsmittel hingewiesen und eindringlich verlangt, daß Abhilfe eintrete. Es wird dort gesagt: Preise wie für Hafer, Gerste, Hülsenfrüchte, Fleisch usw. lassen sich nicht mit vorhandenen Produktionskosten rechtfertigen, sondern sind Kriegskonjunkturpreise, die auf der Notlage des Volkes sich aufbauen. Jeden Konjunkturgewinn, den die breite Masse zu tragen hat und der ihr das Durchhalten fast unmöglich macht, müssen wir entschieden

ablehnen. Die Eingabe befaßt sich dann des weiteren mit Vorschlägen wie vorgegangen werden müsse, wenn Ordnung in die zerrütteten Zustände von heute gebracht werden soll.

Unterm 1. März haben die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Angestellten aller Richtungen eine erneute Eingabe an das Kriegsernährungsamt gerichtet, betreffend den Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 1917/18. Diese wendet sich in der Hauptsache gegen die Vorschläge des Deutschen Landwirtschaftsrat und die 19 Leitsätze der landwirtschaftlichen Hochschullehrer zu diesem Thema. Daß „agrarisches“ noch immer Trumpf ist in der preußisch-deutschen Politik, und selbst die Zustände während der Kriegszeit daran nichts zu ändern vermochten, haben unlängst die Verhandlungen im preußischen Landtage, insbesondere die Reden des preußischen Landwirtschaftsministers zur Genüge erkennen lassen. Nicht eine Agrarpolitik, die den Interessen des Volksganzen dient, sondern eine Agrarierpolitik, die lediglich Rücksicht nimmt auf die Interessen des Großgrundbesitzes soll dem Wirtschaftsplan für 1917/18 wieder zu Grunde gelegt werden. Die Vertreter der organisierten Arbeiter und Angestellten haben nun schon wiederholt ihre warnende Stimme erhoben, eindringlichst zur Umkehr auf den beschrittenen Wegen geraten und auf die möglichen Folgen hingewiesen, die sehr schwere sein können und wahrscheinlich auch sein werden. Ob an den Stellen, die in erster Linie die Verantwortung dafür zu tragen haben, diese Stimme die Beachtung findet, die sie verdient, müssen wir abwarten.

Ein Gedenktag der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

In den Tagen vom 14. bis 18. März vor 25 Jahren fand der erste deutsche Gewerkschaftskongreß in Halberstadt statt. Am 18. November 1890 hatte eine Gewerkschaftstagung in Berlin schon einen allgemeinen Gewerkschaftskongreß in Aussicht genommen, die Generalkommission eingesetzt und sich für die zentralistische Organisationsform ausgesprochen. Der Streit um die zweckmäßigste Organisationsform, ob lokalistisch oder zentralistisch, war damit schon entschieden, der Halberstädter Kongreß erklärte sich nachdem in gleichem Sinne für die zentralistische Organisationsform.

Auf dem Kongreß selbst, der von 208 Delegierten besetzt war, waren noch Vertreter aus den zahlreich bestehenden Lokalorganisationen zugegen. In der damals heiß umstrittenen Frage der Organisationsform standen sich vier Richtungen gegenüber: die für die Schaffung von Industrieverbänden, Kartellverträgen unter berufsverwandten Zentralorganisationen, Zentralverbänden in der heutigen Form und Lokalorganisationen mit einem Vertrauensmännersystem. Lokalorganisationen auf politischer Basis lehnte der Kongreß ab, worauf 12 von den 36 Vertretern der Lokalorganisationen den Kongreß verließen und eine grundsätzliche Opposition ankündigten. Diese Ankündigung wurde denn auch von den Lokalisten in die Tat umgesetzt. Noch lange tobte in der deutschen Gewerkschaftsbewegung der Streit um die beste Organisationsform und hinderte vielfach eine schnellere Entwicklung zu starker organisatorischer Zusammenfassung gewerkschaftlicher Kräfte. Doch die lokalistische Organisationsidee verlor mit der Zeit immer mehr an Boden, sie hatte nur zeitweise bei verlorenen Streiks einen Zulauf Unzufriedener, zu größerer Bedeutung gelangte sie nie mehr in der deutschen Arbeiterbewegung. Der zentralistische Gedanke, dem später das Streben nach Konzentration der Kräfte entsprang, die Zusammenfassung kleinerer Verbände zu Industrieorganisationen, brach sich weiter Bahn.

Als Richtschnur hat den deutschen Gewerkschaften in ihrer 25jährigen Tätigkeit gedient, was Legien auf dem Halberstädter Kongreß programmatisch in seiner Eröffnungsrede aufstellte:

Daß die Gewerkschaftsorganisationen nicht die Lösung der sozialen Frage herbeiführen werden, daß sie zur Zeit aber wesentlich die ~~Erhaltung~~ Bestrebungen der Arbeiterklasse unterstützen. Gleich den Pionieren haben die Gewerkschaften den Boden zu ebnet für eine höhere geistige Auffassung und durch Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen die Arbeiterklasse vor Verelendung und Verumpfung zu bewahren, um so ~~den~~ Arbeiter zu befähigen, die geschichtliche Aufgabe, welche dem Arbeiterstande zufällt, lösen zu können.

Was die Gewerkschaften getreu diesem Programm in der langen, von aufopfernden Kämpfen durchwirkten Zeit für

den geistigen und materiellen Aufstieg der Arbeiterklasse getan haben, wurde von der Öffentlichkeit durch die alljährliche Statistik der Generalkommission über die Errungenschaften der Zentralverbände in der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zur Kenntnis gebracht. Allein aus der Tatsache, daß im letzten Jahre normaler Entwicklung — im Jahre vor dem Kriege — über 16 1/2 Millionen Mark für Streikunterstützung gezahlt wurden, ist das schon ersichtlich, zumal, wenn man bedenkt, daß 74 Proz. dieser geführten Lohnbewegungen einen friedlichen Verlauf nahmen.

Mit dem Bekenntnis zur Zentralisation befreite sich die Gewerkschaftsbewegung zugleich von allem utopistischen Beiwerk. Sie stellte sich auf den Boden der realen Tatsachen, trachtete nach dem Erreichbaren, ließ bei der Stellung von Lohnforderungen und der Einleitung von Lohnkämpfen die gewichtigen wirtschaftlichen Machtfaktoren nicht außer acht: die jeweilige Wirtschaftskonjunktur und die Chancen der erstarkten Unternehmerkoalition, und leistete damit im Interesse der Arbeiter ein ungeheures Stück praktischer Arbeit, welche Aufgabe der Vorsitzende des Halberstädter Kongresses, der verstorbene Kollege Kloß, in seinem Schlußworte schon damals in die Worte gekleidet hatte:

Wir dürfen die Arbeiter nicht allein auf das „gelobte Land“ verweisen, sondern müssen tätig sein, schon heute Erleichterungen für die Arbeiterklasse zu schaffen.

Trotz vieler Anfeindungen in alter und neuer Zeit sind unsere Zentralverbände sicher und unbeirrt diesen Weg gegangen. Daß er der richtige war, dafür spricht der Erfolg. Ein Vergleich nur einiger Zahlen von vor 25 Jahren mit denen im Jahre 1913 — denn nur das kann in Vergleich gestellt werden, nicht irgendein Kriegsjahr — läßt dies offensichtlich erkennen. Es hatten:

| | Zentralverbände | Mitglieder | Einnahmen M. | Ausgaben M. | Vermögen M. |
|------|-----------------|------------|--------------|-------------|-------------|
| 1892 | 56 | 237 094 | 2 031 922 | 1 786 271 | 646 415 |
| 1913 | 47 | 2 548 763 | 82 005 580 | 74 904 562 | 88 069 295 |

Und das Bestehen von 12369 Tarifverträgen für 1 845 454 Beschäftigte in 196760 Betrieben zeugt weiter für den praktischen Erfolg der jahrelang verpönten Gewerkschaftsmethode: mit möglichst geringen Kosten und Opfern für beide Parteien gültige Lohnvereinbarungen zu schaffen; ein Erfolg, der nur der wirtschaftlichen Erstarkung der Gewerkschaften zu danken ist.

Wieder spritzt jetzt der Gift der Zerstörungssucht am festen Bollwerk der Gewerkschaften empor, um vom stolzen Bau Teile abzubrockeln. Wenn das mit dem gleichen Erfolge geschieht, wie in dieser 25jährigen Entwicklungsgeschichte, die ebenfalls nicht frei von solchen Versuchen war, dann wird den in Einigkeit und gegenseitigem Vertrauen von Massen und Führern errichtetem Lebenswerk kein Schaden geschehen. In dieser Zuversicht werden die Gewerkschaften nach Kriegsbeendigung ihre nutzbringende Tätigkeit mit erneutem Eifer in gewohnter erfolgreicher Weise fortsetzen.

Aus unserem Berufe.

Eine christliche Verleumdung. Zu unserer unter vorstehender Ueberschrift gebrachten Notiz in Nr. 11 unseres Blattes vom 16. März 1917 wird uns noch von Kronach ergänzend und berichtend mitgeteilt:

Georg Schedel, der verstorbene Bezirksleiter der christlichen Zentrums-Gewerkschaft der Keram- und Steinarbeiter, der übrigens nicht als Angestellter dieses Verbandes, sondern der Krankenkasse Lohr a. M. gestorben ist, war von Beruf nicht Porzellanmaler, sondern Puppentopf-Augenauschnneider.

Ferner waren es nicht religiöse oder politische Gegensätze, die Schedel aus unserm Verbands heraus und ins christliche Lager drängten, sondern sein Ausscheiden aus unserm Verbands hat einen weniger romantischen Hintergrund. Die Verwaltung unserer Zahlstelle Kronach mußte Schedel in der Mitgliederliste streichen, nachdem er länger als vier Monate mit den Beiträgen rückständig geblieben war und sich auch weigerte, seinen Verpflichtungen gegen den Verband nachzukommen. Als Grund für seine Weigerung gab Schedel damals an, er sehe nicht ein, weshalb er wegen dem Streit (gemeint ist der Streit in Tettau von 1908) doppelte Beiträge bezahlen soll. Wenn der Verband nicht genügend Mittel hat, soll er die Genehmigung zum Streit nicht geben. (Es sei hierbei daran erinnert, daß der Kampf in Tettau ein Kampf um das Koalitionsrecht war, das den Tettauer Arbeitern von der damaligen Betriebsleitung geraubt

werden sollte. D. R.) Also nicht deswegen, daß wir die christliche Religion bekämpft, anstatt zweckentsprechende Gewerkschaftsarbeit zu leisten und damit einem überzeugungs-treuen Gewerkschaftler das Verbleiben in unsern Reihen unmöglich gemacht haben sollen, ist Schedel aus unserm Ver-bande geschieden, sondern sein Ausscheiden erfolgte unfrei-willig, weil er das nach unserer Auffassung erforderliche solidarische Pflichtgefühl nicht aufzubringen vermochte.

Kahla. Die Malerei Bauer & Lehmann gewährte ihren Arbeitern eine Teuerungszulage in Form eines Mietszuschusses. Es erhalten die männlichen Arbeiter 15 M., die weiblichen 9 M. Zuschuß zur vierteljährlichen Wohnungsmiete.

Die Messe in Leipzig, insbesondere die Frühjahrsmesse, war schon vor dem Kriege von Bedeutung für den Geschäfts-gang unserer Industrie im laufenden Jahre. Die diesjährige Messe, die am 5. März und die folgenden Tage stattfand, hat nach den übereinstimmenden Berichten der Presse einen befriedigenden Verlauf genommen. Die Zahl der Besucher war größer als auf einer der vorhergehenden Kriegsmessen und soll die Zahl von 40 000 erreicht, wenn nicht überschritten haben. Die Kauflust soll eine ungemein rege gewesen sein. Die Aufträge des kleinsten Kaufmanns sollen Summen erreicht haben, die früher nur die größten Firmen ausgaben. Schon am Sonntag sollen die Verkäufer Aufträge in einer Höhe erhalten haben, wie vor dem Kriege kaum in einer Woche. Viele Verkäufer sollen schon am Sonntage ihre gesamte Produktion vollkommen verkauft haben, so daß am Montage, dem ersten Meßtage, nicht wenige Verkaufsstände Plakate mit der Aufschrift trugen, daß wegen Ausverkaufs der Produktion keine Muster-Ausstellung stattfinden könne. Die „Porzellan- und Glashandlung“ schreibt in ihrem Meßbericht: Es wurde gekauft und gekauft, man riß sich förmlich um die Ware. Der Hunger nach Ware war gewaltig und kam kaum in Worten ausgedrückt werden, viel weniger in Zahlen.

Die „Keramische Rundschau“, die in ihrer Nummer vor Stattfinden der Messe über die jüngste Erhöhung der Verkaufspreise durch den Schutzverein Deutscher Porzellan-fabriken berichtete, fügte die Bemerkung an, die Fabriken sind mehr als ausreichend beschäftigt, es fehlt nur an genügenden Arbeitskräften und Rohmaterialien. Die starke Nachfrage nach den Erzeugnissen der Porzellan- u. c. Industrie erklärt die fortgesetzten Preissteigerungen. Wenn die starke Nachfrage nach Arbeitskräften für die Porzellanindustrie, die unzweifelhaft vorhanden ist, noch nicht preissteigernd bzw. lohnsteigernd gewirkt hat, dann liegt es an der Arbeiter-schaft selbst, die nicht in gleichem Maße wie das organisierte Unternehmertum die Konjunktur zu nützen versteht. Aller-dings ist der einzelne gar nicht in der Lage, auch aus der allergünstigsten Konjunktur irgend welchen Vorteil ziehen zu können. Deshalb müssen wir immer wieder das Augenmerk der Porzellanarbeitserschaft richten auf die Notwendigkeit, sich ihrer gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen, dem Verbands der Porzellanarbeiter.

Die Kohlennot macht unsren österreichischen Kollegen und ihrer Verbandsleitung viel zu schaffen. Der „Porzellan-arbeiter“ schreibt hierzu:

Wie wir bereits in unserer letzten Nummer vom 22. Februar l. J. mitgeteilt haben, hat unser Verband im Einvernehmen mit dem Verbands der Porzellanindustriellen in Karlsbad bei der Regierung Schritte unternommen, um eine Unterstützung der durch die Kohlennot arbeitslos gewordenen Arbeiter in unserer Industrie durch die staatlichen Behörden zu erreichen.

Zur Beschleunigung dieser Angelegenheit sprachen am 15. Februar Gen. Palme sowie Gen. Lorenz von Utrohlau beim Statthalter Grafen Coudenhove in Prag vor und teilten ihm die traurige Lage, in welcher sich die Porzellanarbeiter-schaft Böhmens infolge des eingetretenen Kohlenmangels befindet, mit. Der Statthalter erklärte, daß er durch die zuständigen Bezirkshauptmannschaften bereits ebenfalls von dieser Sachlage verständigt wurde und bewilligte zur momen-tanen Linderung des Notstandes für den Bezirk Karlsbad 10 000 Kr. und für den Bezirk Elbogen 4000 Kr. Derselbe versprach außerdem die eingelangte Eingabe beider Verbände zu unterstützen und sofort an das Ministerium des Innern weiter zu leiten.

Nachdem am 12. Februar auch die Porzellanfabrik des Grafen Thun in Klösterle infolge Kohlenmanuels zum Still-stand gekommen ist, so sprach eine Deputation der dortigen Arbeiter auf der Bezirkshauptmannschaft Raaden vor und erhielt diese von der Statthalterei zur Unterstützung der Arbeiter weitere 2000 Kr. zugewiesen.

Nachdem die bewilligten Unterstützungsbeträge zur Erhal-tung der Arbeiter nicht auslangen, begab sich Gen. Palme am 21. Februar nach Prag und von dort nach Wien, um weitere Mittel zur Unterstützung der Arbeitslosen zu erreichen. Die bisher gepflogenen Unterhandlungen im Ministerium des Innern sowie in der sozialpolitischen Sektion des Handels-ministeriums haben bis heute ein positives Resultat nicht gezeitigt.

Wir erhielten von ersterem nur die Zusage, daß in kürzester Zeit eine Besprechung aller beteiligten Ministerien sowie der Statthalterei in Prag und Vertretern der beiden Verbände einberufen werden soll, in welcher eine Lösung dieser schwierigen Frage angestrebt werden wird.

Wir wollen hoffen, daß diese Sitzung recht bald statt-findet und für unsere Arbeiter das erwünschte Resultat zeitigt.

Bis zur endgiltigen Feststellung, was für die arbeitslosen Arbeiter zu geschehen hat, ist es notwendig, daß die betreffenden Bezirkshauptmannschaften, in welchen sich arbeitslose Arbeiter befinden, bei der Statthalterei die entsprechenden Beträge zur Unterstützung derselben verlangen, da man keineswegs die Arbeiter ohne jede Hilfe lassen kann.

Wie uns von berufener Stelle im Ministerium für öffentliche Arbeiten bei unserer letzten Vorsprache erklärt wurde, ist eine große Besserung in der Kohlenversorgung auch in nächster Zeit nicht zu erwarten, und es ist daher dringend notwendig, daß die Unterstützungsfrage so rasch als möglich für die Arbeiterschaft eine befriedigende Lösung erfährt.

Bereinigung deutscher Spülwaren- und Sanitäts-geschirrfabriken, G. m. b. H., in Bonn. Die Vereini-gung richtete ein Rundschreiben an ihre Abnehmer, mit welchem sie mitteilte, daß die der Vereinigung angeschlossenen Fabriken sich bei der Entgegennahme von Aufträgen vorbehalten müssen, von ihrer Lieferungs-pflicht zurückzutreten, sofern Schließung des einen oder des anderen Betriebes oder die Aufgabe der Herstellung von sanitären Steingutwaren infolge der Forde-rungen des Vaterländischen Hilfsdienstgesetzes erfolgen sollte. Die Vereinigung werde jedoch nach Möglichkeit dafür Sorge tragen, daß die betreffenden Aufträge durch andere nicht zum Stillliegen kommende Fabriken ausgeführt werden, wenn dies seitens der Kundschaft gewünscht wird. — Die Vereinigung hat sodann den bisher gültigen Aufschlag von 20 v. H. für alle sanitären Hartsteingut-Gegenstände auf 50 v. H. mit Wirkung vom 1. April 1917 ab erhöht. Von den Fabriken werden nur Aufträge angenommen, die bis zum 30. Juni 1917 erledigt werden können. Weitere Preiserhöhung für Lieferung vom 1. Juli ab dürfte demnach nicht ausgeschlossen sein. („Keram. Rundschau“.)

Gründung einer keramischen Aktiengesellschaft. In Meiningen wurde ein neues Unternehmen unter der Firma Keramische Werke Akt.-Ges. (Keramag) gegründet. Das Grundkapital ist zunächst auf 100 000 M. festgesetzt worden. Der Zweck des Unternehmens ist der Erwerb von sanitären Steingutfabriken und verwandten Betrieben, besonders der Ankauf und Fortbetrieb der bisher in englischem Besitz be-findlichen, durch Bundesratsbeschluß zwangsweise liquidierten Werke von Alfred Johnson, Steingutfabrik in Wesel, und der Twyford'schen Feuer-tonwerke in Ratingen bei Düsseldorf. Das Aktienkapital soll später auf 4 bis 5 Millionen Mark erhöht werden. Die Gründer und Beteiligten sind die Bank für Thüringen vormals B. M. Strupp Akt.-Ges. in Meiningen, Generaldirektor Luitwin v. Boch, in Firma Billroy & Boch in Mettlach, Kommerzienrat Bamberger, in Firma Bamberger, Leroi & Co. in Frankfurt a. M., das Bankhaus Gebr. Arnhold in Dresden, die Direktion der Diskonto-Gesellschaft in Berlin und die Deutschen Ton- und Steinzeugwerke Akt.-Ges. in Charlottenburg. Es wird beabsichtigt, den Sitz der Gesell-schaft nach Koblenz zu verlegen. Den ersten Aufsichtsrat bilden Bankdirektor Ludwig Fuld von der Bank für Thüringen vormals B. M. Strupp Akt.-Ges. in Meiningen, General-direktor v. Boch in Mettlach, Kommerzienrat Bamberger in Frankfurt a. M. und Hans Arnhold von der Firma Gebr. Arnhold in Dresden. Nach Erhöhung des Grundkapitals sind weitere Zuwahlen in Aussicht genommen. Zu Direktoren der Gesellschaft sind ernannt worden: Otto Benzinger, Direktor der Diamantsteingutwerke in Flörsheim bei Frankfurt a. M. und Gerichtsassessor a. D. Dr. Fritz Culau in Meiningen.

(„Berl. Tagebl.“)

Vermischtes.

Ein leuchtendes Beispiel opferbereiter Kollegialität gibt der Maschinensekretärverein des Gaues Württemberg des Deutschen Buchdruckerverbandes. Der kleine Verein hat seit Kriegsbeginn rund 1200 M. für Kriegsunterstützungen für seine am Kriege beteiligten Kollegen aufgewendet. Daneben hat er 111 eingezogene verheiratete Kollegen mit je einem Anteilscheine bei der Volksfürsorge-Kriegsversicherungskasse versichert und dadurch den ihres Ernährers beraubten Kollegenfamilien eine nennenswerte finanzielle Hilfe gesichert. In der letzten Generalversammlung (11. Februar 1917) mußte wieder der Tod von sechs Kriegsteilnehmern mitgeteilt werden.

Bei den in der nächsten Zeit sicher in Aussicht zu nehmenden harten und verlustreichen Kämpfen sollten gewiß noch für zahllose bis jetzt noch unversehrte Kriegsteilnehmer Anteilscheine gelöst werden, um ihren Familien die Beteiligung bei der nach Friedensschluß erfolgenden Verteilung zu sichern.

Bis zum 2. März 1917 waren für 54242 Kriegsteilnehmer 83664 Anteilscheine gelöst und dafür 418320 M. eingezahlt, die restlos den Familien der versicherten Kriegsoffer zufallen.

Zwecks Einführung des Siebenuhr-Ladenschlusses für die Zeit auch nach dem Kriege hat der Zentralverband der Handlungsgehilfen bei seinen Berufsgenossen eine Unterschriftensammlung veranstaltet. Ueber 100 000 Unterschriften sind dem Reichstage bereits übermittelt worden. Der genannte Verband hat auch Zustimmungserklärungen von Geschäftsinhabern eingeholt. Einige Tausend solcher Zustimmungen von Inhabern großer und kleiner Geschäfte liegen vor. Die Sammlungen werden fortgesetzt.

Öffentlich-rechtliche Volksversicherung auf Kosten der Steuerzahler. Zur Bekämpfung bzw. Verhinderung der Volksfürsorge veranlaßte Rapp die öffentlich-rechtlichen Provinzial-Lebensversicherungsanstalten, auch die Volksversicherung einzuführen. Die Volksfürsorge kann sich trotz des Krieges aus eigenen Mitteln halten, einzelne Provinzialanstalten brauchen aber finanzielle Hilfe. So mußte der Landtag der preußischen Provinz Sachsen 260 000 M., je 130 000 M. für die Jahre 1916 und 1917, aus Steuermitteln der Provinz bewilligen, um die Anstalt dieser Provinz über Wasser halten zu können. So hatte sich Rapp die Sache wohl nicht gedacht.

Die Volksfürsorge erzielte in den ersten beiden Monaten Januar und Februar 1917 5245 Neuabschlüsse von Versicherungsanträgen, gegen 3042 im Jahre 1916 und 1743 im gleichen Zeitraum 1915. Der Monat Februar hat mit 2870 neuen Anträgen das beste Ergebnis seit Ausbruch des Krieges geliefert, und der März wird noch besser werden. — Die Einzahlungen bei der Volksfürsorge-Kriegsversicherungskasse haben jetzt 420 000 M. überschritten.

Literarisches.

Eltern, deren Kinder jetzt die Schule verlassen und in einen Beruf eintreten, empfehlen wir die kleine Schrift von Dr. J. Jadel: „Die Berufswahl mit Rücksicht auf die Tauglichkeit für den Beruf“. Es gibt kaum eine zweite Frage, die so tief in das Leben des Arbeiters einschneidet, wie die Frage der Berufswahl. Die Lebenshaltung, innere Befriedigung, die Möglichkeit der Gründung und Erhaltung einer Familie, alles hängt von der richtigen Wahl des Berufes ab. Dazu kommt aber auch die körperliche Eignung, die heute leider nur eine untergeordnete Beachtung findet. Alle diese Fragen sind in dem kleinen Heft behandelt, das in allen Parteibuchhandlungen für 20 Pf. zu haben ist oder gegen Einsendung von 25 Pf. von der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, bezogen werden kann.

Der Versorgung der Kriegsteilnehmer, ihrer Familien und ihrer Hinterbliebenen. Dieser Führer durch die gesetzlichen Bestimmungen wird in einigen Tagen wieder neu herausgegeben. Wir machen die Interessenten auf das Büchlein erneut aufmerksam.

Sterbetafel.

Witterteich. Michael Kaiser, Maler, geboren am 10. Mai 1878 in Witterteich, gestorben am 11. März 1917 an Lungentuberkulose. Letzte Krankheitsdauer 28 Wochen. Mitglied seit 1900.

Josef Zeus, Dr. med. habil., geboren am 15. Dezember 1880 in Witterteich, gestorben am 2. Januar 1917 an Herzlähmung. Letzte Krankheitsdauer 2 1/2 Jahre. Mitglied seit 1916.

Liebesfurt. Marie Siedel, Gießerin, geboren am 6. Dezember 1875 in Mahibod, gestorben am 10. März 1917 an Kehlkopf- und Lungenleiden. Letzte Krankheitsdauer 12 Wochen. Mitglied seit 1919.

Ehre ihrem Andenken!

Totenliste unserer im Felde stehenden Kollegen.

Josef Hartinger, Maler, geboren am 17. Juli 1892 in München, gefallen am 26. Januar 1917. Mitglied der Zahlstelle München.

Karl Schulte, Maler, geboren am 21. August 1870 in Rudolstadt, am 15. Februar 1917 in einem Feldlazarett gestorben. Mitglied der Zahlstelle Volkstedt.

Ernst Enderlein, Maler, geboren am 30. Januar 1885 zu Nehmisch bei Luda (S.-A.), an den Folgen einer schweren Verwundung gestorben am 28. Februar 1917. Die Zahlstelle Tettau verliert mit ihm einen braven Kollegen, den sie in dauernder Erinnerung behalten wird.

Fritz Bieger, Formengießer, geboren am 18. Juni 1892 in Frankfurt a. d. Oder, gefallen am 8. März 1917. Bieger gehörte bis zu seinem Eintritt ins Heer der inzwischen aufgelösten Zahlstelle Flörsheim a. M. an. Sein Wirken für die Interessen der Kollegen bei und nach der Gründung dieser Zahlstelle, überhaupt während seiner Tätigkeit in Flörsheim wird ihm unvergessen bleiben.

Ehre ihrem Andenken!

Anzeigen.

Gau Schlesien und Sachsen.

Das Gaubüro befindet sich ab 26. März in Bad Salzbrunn in Schlesien, Untere Bahnhofstraße 4. Alle Zuschriften an die Gauleitung sind an diese Adresse zu richten.

Telephon: Amt Waldenburg in Schlesien Nr. 649.

Martin Hirsch, Gauleiter.

Arbeitsmarkt.

Gesucht werden zum sofortigen Eintritt:

- 1 tüchtiger Hohlgeschirrdreher,
- 1 tüchtiger Porzellanschleifer,
- 1 Porzellanbrenner, der selbständig brennen kann,
- 1 Glühfüller.

Porzellanmanufaktur Burgau a. d. Saale (Ferd. Selle)
Burgau bei Jena.

Geschäfts-Anzeigen.

Schwämme für Porzellan- und Steingutdreher, Geschirrtöpferei: Garnierungs-Druckerei-, Glasur-, Brennerschwämme; „Elephantenohren“, große, dicke, prima, à Kilo M. 95,—; zweite Qualität, dünn, klein, à Kilo M. 72,—; Levantiner, Zymocca von M. 0,50 bis M. 6,— pro Stück, voll und glatt; große, glatte Arbeitsschwämme für Steingut; Cayos à Kilo M. 35,—. Versand nur in ganzen Partien gegen Nachnahme. Proben werden nicht abgegeben. Mit Fabrikanten besondere Vereinbarung, event. Anfragesendungen.

S. Michelsohn, Schwammhandlung,
Berlin C. 25, Prenzlauerstr. 42.

**Goldhaltige Lappen — Asche — Schmiere
Pinself — Paletten — Näpfe — leere Goldflaschen**
überhaupt alle Malrückstände zum Einschmelzen kauft
Max Haupt, Dresden-N., Bönißch-Platz 17.

**Goldflaschen, goldhaltige Lappen, sowie alle
Malrückstände zum Einschmelzen**

kauft M. Köhler, Dresden-N., Gerichtstr. 8 II.
Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Alle Malrückstände, Goldflaschen, goldhaltige Lappen, Näpfe, Pinsel u. s. w.
kauft zu höchsten Preisen

Otto Seifert, Zwickau, Sa., Osterweihstr. 32.
Schnelle, reelle Bedienung.

Herausgeg. v. Verband der Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen
Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenbg., Rosinenstr. 1
Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenbg., Rosinenstr. 1
Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstraße 22